

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint täglich nachmittags um 5 Uhr für den folgenden Tag. Preis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Kioskbüchereien 2 Mk. im Voraus, bei Zustellung nach die Posten 2,30 Mk. bei Postbestellung 3 Mk. jährlich. Abonnementpreise: Einmalig 24 Mk., vierteljährlich 7 Mk., halbjährlich 13 Mk., jährlich 24 Mk. (Postgebühren abgesehen). — Rückmeldung eingehender Geschäftsbriefe erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Abonnementpreise: Die Zeitungspreise 20 Halbpennig, die Zeitungspreise für den amtlichen Bekanntmachungen 40 Halbpennig, die Zeitungspreise für den amtlichen Bekanntmachungen 40 Halbpennig, die Zeitungspreise für den amtlichen Bekanntmachungen 40 Halbpennig. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Nr. 260. 83. Jahrgang

Telegr.-Adr.: „Wilsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2640

Donnerstag, 6. November 1924

Amerikas Präsidentenwahl.

Während in den Vereinigten Staaten der letzte Akt des großen Ringens um die Präsidentenwürde vor sich ging, wurde uns von unterrichteter politischer Seite zu der Wahl geschrieben:

Eigentlich fand die Präsidentenwahl ja gar nicht statt. Was jetzt vor sich ging, war nichts anderes als die Wahl von 455 Delegierten, die am zweiten Sonntag des Jahres des nächsten Jahres den Präsidenten erst zu wählen haben, gleichzeitig übrigens auch den Vizepräsidenten. Aber diese Wahlmänner haben ein sogenanntes imperatives Mandat, d. h. sie haben den Kandidaten zu wählen, für dessen Benennung sie selbst gewählt sind. Das ist Gewohnheitsrecht; denn in der amerikanischen Verfassung steht nichts davon. Je nach der Größe der Bevölkerung wählt jeder Staat eine bestimmte Anzahl von Delegierten zur Präsidentenwahl.

Auch in Amerika sind die Zeiten, da sich nur zwei Parteien gegenüberstanden, längst vorbei. Schon seit Jahrzehnten hat es an Versuchen nicht gefehlt, neben den Republikanern und Demokraten eine dritte Partei zu schaffen. Man denke an die Versuche des Arbeiterführers Compers, eine besondere Arbeiterpartei aufzuziehen, was aber nicht geglückt ist; vielmehr wählen die amerikanischen Arbeiter republikanisch oder demokratisch ohne Rücksicht auf die Stellung dieser Partei zu den Fragen der Sozialpolitik. Man denke ferner an den Versuch Roosevelts, eine besondere Partei zu gründen, als er vom republikanischen Kongress nicht mehr als Kandidat genannt worden war. Auch das mißglückte. So ist auch jetzt wieder neben der republikanischen und der demokratischen Partei eine Partei der „fortschrittlichen politischen Aktion“ aufgetaucht, die von La Follette geführt wird, einen trotz des Namens stark konservativen Zug hat und gerade dadurch, daß sie die Gesamtpolitik Amerikas, also mit Einschluß des Versailles Friedens, als verfehlt bezeichnet, die Stimmen der Deutschamerikaner zu gewinnen hoffte. Man nahm vielfach vor der Wahl an, daß La Follette durch die Absplitterung der Stimmen für ihn es ermöglichen könne, der republikanischen Partei nicht die absolute Mehrheit der Delegierten für die Präsidentenwahl zu sichern.

Die vorherrschende Stimmung in Amerika hielt es nicht für zweifelhaft, daß die republikanische Partei unter Coolidges Führung aus der Delegiertenwahl als stärkste herauskommen werde. Der Politik Coolidges, die zu einer endlichen Erledigung der Reparationsfrage den amerikanischen Vorschlägen gemäß geführt hat, wurde ein um so größerer Erfolg bei den Wahlen zugeschrieben, als zum Vizepräsidenten der General Dawes nominiert ist, der dem zerrütteten Europa das Sachverständigenurteil und damit den Londoner Pakt besichert hat. Ein derartiger Erfolg der amerikanischen Politik hat der Eigenliebe der Amerikaner naturgemäß ganz außerordentlich geschmeichelt und sie betrachten das Sachverständigenurteil mit fast ehrfürchtigen Augen. Das aktive Eintreten Amerikas in die Irren und Wirren der Nachkriegspolitik Europas, und zwar gleich mit einer so entscheidenden Wirkung, die den früheren Ruhm Wilsons weit übertrah, war natürlich die denkbar beste Plattform für die Präsidentenwahl. Demgegenüber konnte der Kandidat der Demokraten Davis schon deswegen nicht aufkommen, weil die demokratische Partei selbst ihn nur als Verlegenheitskandidaten nach mehr wie vierzehntägiger Wählerlei aufgestellt hat.

Man kann die Republikaner als die amerikanischen Konservativen bezeichnen, und der konservative Wahlsieg in England hat seine Wellen bis nach Amerika hinübergeworfen. Eine Wiederwahl Coolidges bedeutet eine Fortsetzung der aktiven Politik Amerikas in Europa Arm in Arm mit England. Die Harding'schen Pläne einer allgemeinen Abrüstung, die zu der Washingtoner Konferenz 1921 geführt haben, verschwinden damit ziemlich in der Versenkung. Denn die amerikanische Politik bestimmt der Präsident, sonst niemand. Ist doch die Trennung der Gewalt nirgends in der Welt so bis in die letzten Konsequenzen hinein durchgeführt wie in der amerikanischen Verfassung: der Präsident hat die gesamte Exekutive, also die gesamte Verwaltung nach innen und die gesamte Außenpolitik in Händen und das Parlament hat ihm dabei nichts hineinzureden, da es auf die Gesetzgebung und die Kontrolle der Verwaltung beschränkt ist. Ebensovienig wie der Präsident unterliegen auch die von ihm Ernannten oder abgesetzten Staatssekretäre irgendeinem Vertrauens- oder Mißtrauensvotum des Repräsentantenhauses, — kurz, der amerikanische Präsident hat eine Macht, wie sie vor dem Krieg nicht der Deutsche Kaiser, höchstens der König von Preußen, besaß.

Wahrscheinlich werden die amerikanischen Präsidentenwahlen an der bisherigen Politik Amerikas kaum etwas ändern. Wir Deutsche haben ja nur wirtschaftliche, keine machtpolitischen Beziehungen mehr zu Amerika, weil wir selbst machtlos geworden sind. Gerade aber aus diesen wirtschaftspolitischen Erwägungen heraus wäre eine Fortsetzung der bisherigen amerikanischen Politik zu begrüßen, wenn sie nicht etwa wieder in eine Verstärkung der Hochschulpolitik ausartet. Leider besteht aber diese Gefahr, die nur durch einen deutsch-amerikanischen Handelsvertrag beseitigt werden kann.

Coolidge mit großer Mehrheit wiedergewählt.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“

New York, 5. November. Aus 69 Wahlbezirken lagen bis 12,20 Uhr mittlereuropäischer Zeit folgende Ergebnisse vor: Für Coolidge wurden 3933, für Davis 1234, für La Follette 637 Stimmen abgegeben. Im Staate West-Georgia erhielt Coolidge 202, Davis 88, La Follette 81 Stimmen. Aus kleineren Städten einlaufende Ergebnisse zeigen fast durchweg eine Mehrheit für Coolidge.

New York, 5. November. Die bis 6 Uhr vormittags, mittlereuropäischer Zeit, vorliegenden Wahlberichte aus der Mehrzahl der Staaten lassen erkennen, daß Coolidge auf der ganzen Linie als unbedingter Sieger hervorgegangen ist. Coolidge hat mit derart bedeutender Mehrheit gesiegt, wie sie bisher noch kein Präsident seit langen Jahren davongetragen hat. Wenn auch die Wahlergebnisse der Staaten des Stillen Ozeans noch ausstehen, so ist kaum anzunehmen, daß von dort her irgendwelche grundlegenden Änderungen erwartet werden könnten. In den westlichen Staaten allein hat Coolidge mit einer Mehrheit von einer Million Stimmen gesiegt.

Rücktritt des Kabinetts Macdonald.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“

London, 5. November. Macdonald wurde gestern um 4,30 Uhr vom König empfangen, den er um die Entlassung der Arbeiterregierung bat. Der Empfang währte eine Stunde. Um 7 Uhr wurde Baldwin vom König empfangen und mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt.

Dammbruch bei Duisburg.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“

Duisburg, 5. November. Heute morgen um 2,55 Uhr ist der Schuttdamm am Schwantor gebrochen. Mit ungeheurer Wucht ergießen sich die Wassermassen in die Altstadt. Alle Bemühungen, die Wasserfluten abzufangen, waren bisher erfolglos. Der Pegel ist in den letzten Stunden um 50 Zentimeter gestiegen.

Matthes unter französischem Schutze.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“

Düsseldorf, 5. November. Da infolge des Londoner Abkommens die Gerichtsbarkeit des besetzten Gebietes wieder in

Reichsrat für Steuermilderungen.

Notverordnung bevorstehend.

Nachdem das Reichskabinett die Vorschläge des Reichsfinanzministers über die Änderung gewisser Steuern angenommen hat, sind die Vereinigten Reichsratsausschüsse im Reichstag zusammengetreten, um gleichfalls zu dieser Vorlage Stellung zu nehmen. Es handelt sich bei den Vorschlägen um eine Ermäßigung der Einkommensteuer, der Umsatzsteuer, der Börsensteuer und der Körperschaftsteuer. In der vorigen Woche haben bereits darüber Beratungen mit den Ländervertretern stattgefunden. Die Vertreter der Länder haben der ursprünglichen Vorlage des Reichsfinanzministers nicht ganz zugestimmt, so daß Dr. Luther sich genötigt sah, seine ursprüngliche Vorlage etwas abzuändern. Es ist damit zu rechnen, daß, wenn der Reichsrat die Vorlage genehmigt, die erwähnten Steuerermäßigungen in Form einer Notverordnung in Kraft gesetzt werden.

Bayern gegen die Kreditaufsicht des Reiches.

Auch die Rentenbankkreditanstalt abgelehnt.

Der bayerische Ministerrat hat sich mit der Verordnung des Reichspräsidenten über die Aufnahme von Auslandskrediten für Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände beschäftigt. Die bayerische Regierung hat zu der Verordnung eine ablehnende Stellung eingenommen und verlangt rasche Aufhebung. Der Zweck, der durch die Verordnung erreicht werden sollte, könne nach der Auffassung der bayerischen Regierung auch durch eine freie Vereinbarung unter den Ländern und zwischen den Ländern und der Reichsregierung erreicht werden. Weiter beschäftigte sich der bayerische Ministerrat mit dem vom Reichsfinanzminister ausgearbeiteten Gesetzentwurf über eine Rentenbankkreditanstalt. Dieser Gesetzentwurf wird von der bayerischen Regierung aus grundsätzlichen, politischen und wirtschaftlichen Gründen abgelehnt.

deutsche Hände übergegangen ist, sollte der Separatistenführer Matthes verhaftet werden, der vom Amtsgericht Würzburg wegen Beamtenebeidigung zu Gefängnis verurteilt worden war. Der zuständige General verlagte bis auf weiteres die Genehmigung zur Festnahme des Separatistenführers.

Der Schweizer Bundesrat und die Einfuhrbeschränkung gegen Deutschland.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“

Basel, 5. November. Der Schweizer Bundesrat hielt heute eine Sitzung ab, in der er sich mit der Anwendung der Einfuhrbeschränkungen gegenüber Deutschland befahte.

Die Reparationsanleihe auch in Italien überzeichnet.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“

Rom, 5. November. Der italienische Anteil an der 800-Millionen-Anleihe ist 26 mal überzeichnet worden.

Japan erkennt Sowjetrußland an.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“

New York, 5. November. Aus Tokio wird gemeldet: Der japanischen Regierung ist eine Note der russischen Regierung übermittelt worden, in der Sowjetrußland nochmals um die Anerkennung durch Japan ersucht. Wahrscheinlich dürfte die Anerkennung von der Regierung in Tokio noch vor dem Wochenende unterzeichnet werden.

Meuterei der brasilianischen Marine.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“

Paris, 5. November. Aus Rio de Janeiro wird amtlich gemeldet, daß ein Teil der brasilianischen Marine gemeutert hat. Der Marineminister hat das Kommando über das treugebliebene Geschwader übernommen. London, 5. November. Nach drohlosen Meldungen aus Brasilien wurde das meuternde Schlachtschiff Sao Paolo von den Landbesatzungen aus beschossen.

Hindenburg gegen amerikanische Märchen

Erfindungen aus der Kriegszeit.

Der amerikanische Major Russell hatte einen Artikel „Das größte Verbrechen am deutschen Volke“ geschrieben, in dem mancherlei Behauptungen über Geschehnisse im Weltkrieg auf deutscher Seite aufgestellt wurden. Die Bayerische Staatszeitung veröffentlichte dazu eine Erklärung des Generalfeldmarschalls von Hindenburg als Vorsitzenden des Vereins der Angehörigen des ehemaligen Generalstabes. In der Erklärung heißt es: 1. Weber Prinz Joachim noch irgendeinem anderen königlich preussischer Prinz ist niemals während des Weltkrieges in französische Gefangenschaft geraten, abgesehen von Prinz Friedrich Karl von Preußen, der als Flieger schwer verwundet in der Gefangenschaft verstarb. 2. Ich habe als Chef des Generalstabes des Heeres niemals amerikanische oder sonstige Spione empfangen. 3. Niemand haben sich Offiziere des deutschen Großen Hauptquartiers herabgelassen, Aufzeichnungen des Generalstabes zu entwenden und dem Feinde mitzuteilen.

Wahlaufruf des Reichelandsbundes.

„Für nationale und christliche Volksgemeinschaft.“

Der Reichelandsbund veröffentlicht einen Aufruf zu den bevorstehenden Wahlen, in dem er für eine nationale und christliche Volksgemeinschaft eintritt und sich gegen internationale und Klassenkampf wendet. Es heißt in dem Aufruf: Wir brauchen im neuen Reichstage eine ausschlaggebende deutschbewusste Mehrheit als sichere Grundlage einer deutschbewussten Regierung. Dieses Ziel ist nur erreichbar, wenn das deutsche Landvolk sich nicht zerplittert, sondern geschlossen ohne Fäden, Nörgeln und Schwanken zusammensteht und seine Stimme nur solchen Parteien und Persönlichkeiten gibt, die offen kämpfen unter unseren alten Farben „Schwarz-Weiß-Rot“. Den Interessen weniger großer Exportfirmen darf nicht die Existenz von Millionen bodenständiger Deutscher zum Opfer gebracht werden. Der Bundesvorstand und die Vertreterversammlung des Reichelandsbundes erwarten, daß am Wahltag das deutsche Landvolk seine vaterländische Pflicht tut bis zu dem letzten Wahlberechtigten — Männern und Frauen — vom jüngsten Jode. Jeder wahlfähige Nichtwähler ist ein Deserteur! Gegen internationale und Klassenkampf! Für nationale und christliche Volksgemeinschaft! Deutschbewusste Führung unter „Schwarz-Weiß-Rot!“ Das ist die Losung für das deutsche Landvolk!